

Sie nennen es Freihandelsabkommen und planen einen totalen Freibrief für grenzenlose Konzernwillkür ...

STOPPT **das TTIP**

Informationsveranstaltung der DKP zur Europawahl

mit Olaf Harms, Sekretär beim Parteivorstand der DKP
am **29. April**
um **19.00 Uhr**
im **Linken Zentrum Lilo Herrmann**
Böblinger Str. 105 in Stuttgart-Heslach, U-Bahn-Station Erwin-Schöttle-Platz

Seit Mitte 2013 wird hinter verschlossenen Türen über das Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen der EU und den USA verhandelt. Dabei geht es nicht um den Abbau kaum noch vorhandener Zölle, sondern um den Abbau von Handelshindernissen wie Sozialstandards oder gesetzlichen Regulierungen. Mit „Chlorhühnchen“ und „Klonfleisch“ bleibt der Verbraucherschutz auf der Strecke. Doch es geht um mehr. Für den grenzenlosen Profit sollen alle Schranken fallen:

Umweltschutz **Verbraucherschutz**
Demokratie
Arbeitsschutz ***Alles bald illegal?***
Rüstungshemmnisse

Freihandelsabkommen EU – USA

Freibrief für grenzenlose Konzernwillkür!

Wachstum für wen?

Die Befürworter des Freihandelsabkommens versprechen Wachstum, Arbeitsplätze und sinkende Preise. Schrankenloser Welthandel und Wettbewerb sollen es mal wieder richten. Laut EU-Kommission soll das Bruttoinlandsprodukt der EU durch das TTIP langfristig um 0,27% bis 0,48% wachsen. Selbst wenn man diesen optimistischen Zahlen Glauben schenken möchte, dürfte klar sein, in wessen Taschen dieses Wachstum landet. Zu den größten Profiteuren zählt die Automobilindustrie. So könnte Daimler bei vereinheitlichten Standards günstiger für den US-Markt produzieren. Auch die Produktions-Verlagerung in „gewerkschafts- und tarifvertragsfreie“ US-Bundesstaaten ist höchst profitabel.

Angriff auf Arbeiterrechte

Das Abkommen soll nach einer Bertelsmann-Studie allein in Deutschland 181000 neue Jobs schaffen, allerdings auf einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren verteilt. Von Jobs ist die Rede, nicht von Normalarbeitsverhältnissen, von denen man auch leben kann! Gerade die Absenkung sozialer Standards ist beabsichtigt. So ist „unser“ Vertragspartner USA der Staat, der (im internationalen Vergleich am wenigsten) gerade mal zwei der acht Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation der UN (ILO) ratifiziert hat. Diese Kernnormen sichern grundlegende Arbeitnehmerrechte (das Recht sich in Gewerkschaften zu organisieren, Recht auf kollektiv verhandelte Tarifverträge, Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit von Mann und Frau, ...). Um in der angestrebten Freihandelszone wettbewerbsfähig zu sein, werden die EU-Standards dann an die für die Beschäftigten ungünstigeren US-Standards nach unten angeglichen. Das führt zu einem transatlantisches Rennen um die Senkung von Arbeits- und Lohnstandards.



NEIN zum Europa der Banken und Konzerne!

JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands!

Knallrot wählen: 
25. Mai 2014
Europawahlen **DKP**

Investorenrechte sollen vorgehen

Mit dem TTIP ist zu befürchten, dass Konzerne künftig Staaten vor nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten erfolgreich auf hohe Schadensersatzzahlungen verklagen, wenn sie Gesetze verabschieden, die ihre Profiterwartungen schmälern. Solch eine Klage könnte soweit reichen, dass eine beschlossene Mindestlohn-Regelung in der BRD unter dem Druck der Konzerne wieder zurück genommen werden muss. So klagt ein französisches Unternehmen gegen die Erhöhung des Mindestlohns in Ägypten und in der BRD klagt der schwedische Konzern Vattenfall gegen den Atomausstieg. Demokratie und Rechtsstaat bleiben dabei auf der Strecke. Die öffentliche Kritik führte zwar dazu, dass diese Investitionsschutzabkommen bei den Verhandlungen vorerst ausgeklammert wurden. Ob sie endgültig vom Tisch sind, wird aber erst der Druck von unten entscheiden.